RÜSTUNG

Panzer für Algerien

Die deutschen Rüstungsgeschäfte mit Algerien sind umfangreicher als bekannt. Die Bundesregierung rechnet damit, dass eine Rheinmetall-Tochterfirma in den kommenden zehn Jahren bis zu 1200 „Fuchs"-Radpanzer in dem nordafrikanischen Land herstellen will – angeblich nur für den algerischen Bedarf. Zusätzlich genehmigte die Bundesregierung seit Anfang 2011 die Lieferung von 54 „Fuchs"-Panzern für 195 Millionen Euro sowie Geländewagen und Lkw im Wert von 286 Millionen Euro. Im Jahre 2010 hatte Berlin lediglich Rüstungsgeschäfte von 19,8 Millionen Euro bewilligt. Zur Absicherung der Lieferung von zwei Fregatten genehmigte der Bund eine Hermes-Bürgschaft über 2,13 Milliarden Euro. Der Handel mit Algerien ist umstritten. Es sei unverantwortlich, so Linken-Abgeordneter Jan van Aken, „mitten im Arabischen Frühling Algerien hochzurüsten". Er fürchtet auch, die „Fuchs"-Panzer könnten ins Bürgerkriegsland Mali gelangen.

„Fuchs"-Panzer

BJÖRN KIETZMANN / ACTION PRESS

ALTKANZLER

Stattlicher Fuhrpark

Gerhard Schröder hat die meisten, Helmut Schmidt die modernsten und Helmut Kohl die dicksten Autos: Deutschlands Altkanzler können auf einen stattlichen Fuhrpark zugreifen. So stehen Schröder (SPD) gleich sieben Fahrzeuge zur Verfügung, darunter neben mehreren Mercedes-Limousinen zwei VW-Transporter T5. Schmidt (SPD) begnügt sich mit vier Autos, allerdings waren zwei davon besonders teuer: Je 94 275,55 Euro überwies der Bund für zwei Mercedes 420 cdi. Kohl (CDU) wiederum reist am bequemsten von allen, er verfügt über drei – allerdings schon etwas ältere – Mercedes 600 SEL sowie drei kleinere Mercedes-Modelle. Insgesamt zahlte der Bund laut Bundesinnenministerium für alle Altkanzler-Autos „ab Inbetriebnahme bis heute rd. 1,265 Mio. Euro für Instandsetzung, Reparatur, Unterhaltung und Betrieb etc." Wozu die Ex-Regierungschefs so viele Autos brauchen? „Personenschutzmaßnahmen" machten dies erforderlich, teilt das zuständige Bundeskriminalamt mit. Die Opposition zeigt trotzdem Unverständnis, die Linken-Abgeordnete Gesine Lötzsch fordert: „Ein Altkanzler – ein Auto."

Schröder

JENS KOEHLER / DAPD

RECHTSEXTREMISMUS

Polizist unter Verdacht

Die Bundespolizei ermittelt gegen einen mutmaßlichen Neonazi aus den eigenen Reihen. Der Beamte, Mitte vierzig, lebt in der Nähe von Rosenheim und soll Kontakte zu Rechtsextremisten der Gruppe „Europäische Aktion" unterhalten, die vom Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub angeführt wird. Nach einem Hinweis aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz leitete die Spitze der Bundespolizei zunächst ein verdecktes Disziplinarverfahren gegen den Polizeihauptwachtmeister ein. Am 18. Oktober durchsuchte ein Einsatzkommando der Eliteeinheit GSG 9 die Wohnung des Verdächtigen. Dort beschlagnahmten die Beamten mehrere Flugblätter der „Europäischen Aktion" sowie Datenträger. Dem Bundespolizisten droht nun zusätzlich zu den disziplinarrechtlichen Ermittlungen ein strafrechtliches Verfahren wegen Volksverhetzung.